

# APD

# INFORMATIONEN

## DES ADVENTISTISCHEN PRESSEDIENSTES

ZENTRALAUSGABE FÜR DEUTSCHLAND

JANUAR 2017  
34. JAHRGANG

<b>DEUTSCHLAND</b>	Adventisten verurteilen Gewalttat in Berlin .....	2
	Neuer Vorsitzender der Deutschen Evangelischen Allianz .....	4
	Eigentümerwechsel bei adventistischer Verlagsgruppe in Lüneburg .....	5
	Rainer Geschke verlässt Medienzentrum „Stimme der Hoffnung“ .....	6
	Weltfriedenstag 2017: „Gewaltlosigkeit – Stil einer Politik für den Frieden“ .....	8
<b>INTERNATIONAL</b>	EU-Tagung mit religiösen Führungspersonlichkeiten .....	10
	Menschenrechtstag: Kirchen zur Unverfügbarkeit der menschlichen Würde .....	11
	Kein Fortschritt beim Recht auf Kriegsdienstverweigerung in Europa .....	12
	Schweiz: Über 400 bei Flashmob für verfolgte Christen .....	14
	USA: Adventist zum Minister für Wohnungsbau und Stadtentwicklung nominiert .....	15
	UNO-Sonderberichterstatte für Religionsfreiheit trifft adventistischen Repräsentanten .....	16
	Kroatien: Adventistischer Pastor erhält Menschenrechtspreis 2016 .....	17
	USA: Adventisten begrüßen neues Gesetz zur Förderung internationaler Religionsfreiheit .....	18
<b>SOZIALES &amp; ENTWICKLUNG</b>	Kolumbien: 600 Fahrräder für Schüler aus bedürftigen Familien .....	20
<b>KULTUR</b>	47 neue Studierende in Friedensau im Wintersemester 2016 .....	21
	Spanien: Adventistische Studentin erhält Umweltpreis .....	22
	Zum Umgang mit religiösen Minderheiten in der Reformationszeit und heute .....	23
	Schutz der Religionsfreiheit „politische Notwendigkeit“ .....	25
<b>MEDIEN</b>	Kulturfreiheit aber keine Religionsfreiheit auf der Arabischen Halbinsel .....	26
	Menschenrechtsblogger eröffnen in Osteuropa länderübergreifende Plattform .....	29
	Rezension: Hans-Gerd Krabbe, <i>Zwölf Köpfe der Reformation</i> .....	30
	Impressum .....	32

## DEUTSCHLAND



## Adventisten verurteilen Gewalttat in Berlin

Weihnachtsmarkt in Berlin am Breitscheidplatz

© Foto: Ralf Roletschek

(<https://commons.wikimedia.org/wiki/File:2009-12-30-weihnachtsmarkt-breitscheidplatz-b-RalfR-8.jpg>)

**Berlin/APD** Pastor Gunnar Scholz, Präsident der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Berlin, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, hat sich zur Gewalttat auf dem Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz in Berlin geäußert, bei der am 19. Dezember 2016 zwölf Menschen getötet und mindestens 48 verletzt wurden. Auch das Aktionsbündnis der Freikirche „Gemeinsam für Flüchtlinge“ und das Advent-Wohlfahrtswerk haben die Tat verurteilt, sowie Opfern und Angehörigen ihre Anteilnahme bekundet.

„Mit Entsetzen und Trauer haben wir gestern Abend die Nachricht vom Anschlag auf einen Weihnachtsmarkt in Berlin aufgenommen. Heute müssen wir uns der grausamen Realität stellen. Wir leiden mit den Angehörigen der Opfer und beten für sie. Wir bangen mit den Verletzten und bitten Gott um Stärke und Weisheit für alle, die sich ihrer annehmen“, so Pastor Scholz.

„Mit Entschiedenheit distanzieren wir uns von denen, die diese schreckliche Tat dazu benutzen, gegen Menschen zu hetzen, die als Schutzsuchende in unser Land gekommen sind“, teilte der Kirchenleiter mit. „Stattdessen wollen wir uns von dem Wort des Apostels Paulus leiten lassen: ‚Lass dich nicht vom Bösen überwinden, sondern überwinde das Böse mit Gutem.‘ (Römer 12, 21). Das Kommen Gottes in die Welt, das Christen zu Weihnachten feiern, begründet unsere Hoffnung, dass Terror und Gewalt nicht das letzte Wort haben werden. Dieser Hoffnung mit Worten und Taten Raum zu geben, ist das Gebot der Stunde.“

### **Aktionsbündnis „Gemeinsam für Flüchtlinge“ und Advent-Wohlfahrtswerk**

Auch der Leiter des Aktionsbündnisses der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten „Gemeinsam für Flüchtlinge“, Pastor Michael Götz, verurteilte „diese entsetzliche,

sinnlose Tat auf das Schärfste.“ „Wir trauern mit den Menschen, die den Verlust ihrer Angehörigen beklagen müssen. In unseren Gedanken und mit unseren Gebeten sind wir bei allen, die durch diesen Anschlag verletzt worden sind und um ihr Leben ringen. Wir danken Rettungskräften und Polizei für den professionellen Einsatz und wünschen ihnen Kraft und Besonnenheit für ihren verantwortungsvollen Dienst“, so Götz in einer Stellungnahme des Aktionsbündnisses.

„Fassungslos müssen wir hinnehmen, wie mitten in das Leben und die Freude auf das bevorstehende Weihnachtsfest als Feier des göttlichen Lichtes und des geschenkten Lebens die Dunkelheit des Bösen und teuflischer Hass einbrechen“, teilte Pastor Lothar Scheel, Bundesgeschäftsführer des Wohlfahrtswerkes der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland, mit. „Aber anstatt Hass mit Hass zu beantworten und Gewalt mit Gewalt, hören wir nicht auf, Lichter gegen die Dunkelheit anzuzünden“, so Scheel. „Wir trauern um die Opfer und hoffen für die Verletzten auf baldige Genesung. Ihnen sowie ihren Angehörigen gilt unsere aufrichtige Anteilnahme. Wir wünschen Ihnen über allen Schmerz, über Trauer und Wut hinweg Kraft und Zuversicht.“

### **Krankenhaus Waldfriede in vorsorglicher Alarmbereitschaft**

Da am 19. Dezember um 20:40 Uhr die Vorkatastrophenwarnung vom Senat Berlin ausgelöst wurde, sei auch das adventistische Krankenhaus Waldfriede als Notfallkrankenhaus in Alarmbereitschaft gewesen, teilte Vorstand und Geschäftsführer Bernd Quoß mit. Um 22.00 Uhr sei zusätzlich noch eine Terrorwarnung dazu gekommen.

Alle Ärzte, Pfleger, Funktionspersonal und sonstige Mitarbeiter wären zu diesem Zeitpunkt schon in der Lage gewesen, die ersten Opfer zu versorgen, so Quoß. Zahlreiche Mitarbeiter hätten sich freiwillig von zu Hause aus gemeldet, ob sie den Dienst aufnehmen sollten, da keiner zu diesem Zeitpunkt das Ausmaß der Gewalt kannte.

Da Waldfriede aber nicht im unmittelbaren Umfeld des Anschlages liege und die Verletzten durch nahegelegene Krankenhäuser versorgt werden konnten, musste kein Patient in Waldfriede aufgenommen werden, berichtete Quoß.



## Neuer Vorsitzender der Deutschen Evangelischen Allianz

Ekkehart Vetter  
© Foto: privat

**Kassel/APD** Der Präses des Mülheimer Verbands Freikirchlich-Evangelischer Gemeinden, Ekkehart Vetter, wird neuer Vorsitzender der Deutschen Evangelischen Allianz (DEA). Das beschloss der Hauptvorstand der DEA bei einer Sondersitzung in Kassel. Vetter tritt zum 1. Januar 2017 die Nachfolge von Dr. Michael Diener an, der nach fünf Jahren das Ehrenamt abgibt.

Der 60-jährige Ekkehart Vetter war in den letzten fünf Jahren schon als 2. Vorsitzender der Deutschen Evangelischen Allianz auch Stellvertreter von Michael Diener. Dem leitenden Geschäftsführenden Vorstand gehört er seit 2008 an; der als Hauptvorstand bezeichneten DEA-Mitgliederversammlung seit 2004. Vetter ist im Hauptamt seit 23 Jahren leitender Gemeindepastor der Ursprungsgemeinde des 1909 gegründeten Verbands in Mülheim/Ruhr. Im Nebenamt leitet er seit 2003 als Präses den freikirchlichen Verband, zu dem derzeit 43 Gemeinden in Deutschland mit rund 4.700 Gemeindemitgliedern gehören. Ekkehart Vetter ist mit der Theologin und Gemeindeferentin Sabine Vetter verheiratet. Sie haben sechs Kinder und zehn Enkelkinder.

### Ein Ehrenamt zu viel

Vetter folgt dem 54-jährigen Präses des Evangelischen Gnadauer Gemeinschaftsverbands, Dr. Michael Diener, Kassel, der sein Amt ein Jahr vor Ablauf der sechsjährigen Wahlperiode zur Verfügung stellt. Seinen Rücktritt hatte er bereits am 1. März 2016 öffentlich bekannt gegeben, nachdem er im Spätherbst 2015 durch die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland in deren Leitungsgremium, den Rat der EKD, gewählt wurde. Das mit hohem zeitlichem Aufwand verbundene ehrenamtliche Mandat führt Diener neben seinem Hauptamt und einer Vielzahl an weiteren Ehrenämtern in christlichen Werken und Verbänden. Daneben lasse sich aber nicht auch noch der Vorsitz der Deutschen Evangelischen Allianz wahrnehmen, so Diener. Das sei ihm schon vor der Wahl in den Rat der EKD deutlich gewesen. Die Wahl eines Nachfolgers für Ekkehart Vetter als 2. Vorsitzender der DEA ist für die Frühjahrssitzung 2017 vorgesehen.

### Deutsche Evangelische Allianz

Die DEA versteht sich als ein Bund von Christusgläubigen, die verschiedenen christlichen Kirchen, Gemeinden und Gruppen angehören. Als hauptamtlicher Generalsekretär amtiert seit 1. April 1988 Hartmut Steeb, Stuttgart. Der Sitz und die

Geschäftsstelle der Deutschen Evangelischen Allianz befinden sich Bad Blankenburg/Thüringen, wo die Bewegung auch das Tagungszentrum „Evangelisches Allianzhaus“ unterhält.

---



## Eigentümerwechsel bei adventistischer Verlagsgruppe in Lüneburg

© Logo: Advent-Verlag

**Lüneburg/AV/APD** Ab 1. Januar 2017 gehört die adventistische Saat Korn-Verlagsgruppe nicht mehr unmittelbar zur teilkontinentalen Kirchenleitung in West- und Südeuropa (Intereuropäische Division), sondern ist direkt der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland zugeordnet. Die neuen Strukturen sollen genutzt werden, um die Zusammenarbeit direkter zu gestalten, teilte die Verlagsleitung mit.

Am 14. Dezember 2016 wurde der Verkauf der Geschäftsanteile der Saat Korn-Verlag GmbH an die überregionalen Kirchenleitungen der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Nord- und Süddeutschland (Norddeutscher und Süddeutscher Verband) zu jeweils gleichen Teilen besiegelt.

Ab 1. Januar 2017 gehört die Verlagsgruppe der Freikirche nun auch rechtlich zu dem Gebiet, in dem sie hauptsächlich tätig ist. Durch die Angliederung an die Freikirche in Deutschland ist eine engere Zusammenarbeit zwischen dem Verlag und der Freikirche möglich.

### **Saat Korn-Verlagsgruppe Lüneburg**

Zur Saat Korn-Verlagsgruppe mit Sitz in Lüneburg gehören der Advent-Verlag in Lüneburg, der Wartberg Verlag in Gudensberg (bei Kassel) und die Christa Medien GmbH. Im Jahre 1895 in Hamburg gegründet, hat der Saat Korn-Verlag eine mehr als 120-jährige Tradition. Im Jahr 1994 hat der Verlag sein historisches Domizil in Hamburg verlassen und ist nach Lüneburg gezogen. Die Verlagsgruppe hat insgesamt etwa 30 Beschäftigte.

### **Advent-Verlag**

Der Advent-Verlag ([www.advent-verlag.de](http://www.advent-verlag.de)) ist der Verlag der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland. Er gibt Bücher zu folgenden Themengebieten heraus: Orientierung und Lebenshilfe, Erzählungen, Bücher zur Bibel und Theologie. Um die kontinuierliche Herausgabe neuer Bücher zu gewährleisten, wurde 1995 der „Leserkreis Advent-Verlag“ gegründet. Außerdem erscheint dort das

Studienheft zur Bibel, die Kirchenzeitschrift *Adventisten heute*, die Zeitschrift *Zeichen der Zeit* mit christlichen Inhalten von allgemeinem Interesse und demnächst das neue christliche Magazin *present*.

### Wartberg Verlag

Der Wartberg Verlag ([www.wartberg-verlag.de](http://www.wartberg-verlag.de)) wurde 1984 gegründet als Regionalverlag mit historischen Bildbänden zu lokalen und stadtgeschichtlichen Themen. Er verkauft auch nach Frankreich und Österreich. Mit Buchreihen wie historischen Städtebildbänden, regionalen Farbbildbänden, Freizeitführern und historischen Büchern zu Regionalthemen im gesamten Bundesgebiet, gehört der Wartberg Verlag seit der Jahrtausendwende zur Saatkorn-Verlagsgruppe. Er veröffentlicht jährlich mindestens 100 Neuerscheinungen.

### Christa Medien GmbH

Die Christa Medien GmbH ([www.christa-medien.eu](http://www.christa-medien.eu)) vertreibt russischsprachige christliche Literatur in Deutschland. Zum Programm gehören neben Buchklassikern wie Bibeln, einem jährlich erscheinenden Andachtsbuch und einer breiten Palette an allgemeiner christlicher Literatur vor allem Studienhefte zur Bibel und eine missionarisch ausgerichtete Zeitung.

---

## Rainer Geschke verlässt Medienzentrum „Stimme der Hoffnung“



Rainer Geschke  
© Foto: Wolfgang Schick

**Alsbach-Hähnlein bei Darmstadt/APD** Rainer Geschke beendet zum 31. Dezember seine Tätigkeit als Chief Administrative Officer (Vorstand für interne Aufgabenbereiche) und stellvertretender Geschäftsführer bei der „Stimme der Hoffnung“, einer Einrichtung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Alsbach-Hähnlein bei Darmstadt. Über 14 Jahre war Geschke (56) für das Medienzentrum tätig.

**Ohne Veränderung keine Bewegung**

„Es ist Zeit für Veränderung“, so Rainer Geschke. „Leben ist Bewegung. Bewegung ist Veränderung. Nur wer etwas verändert, kann auch etwas bewegen!“ Im März 2002 nahm er, damals noch in Darmstadt, seine Tätigkeit als Rechnungsführer bei der „Stimme der Hoffnung“ auf und wurde 2010 zum stellvertretenden Geschäftsführer berufen.

**Radio und TV mit 24-Stunden-Programmen**

In dieser Zeit hat sich das Medienzentrum stark weiterentwickelt. Von 2004 bis 2006 wurde das neue Funkhaus in Alsbach-Hähnlein bei Darmstadt geplant und gebaut. Es folgte die Anerkennung als Ausbildungsbetrieb, und der Internetbereich entwickelte sich. Im Jahr 2008 erhielt das Medienzentrum die Radio-Sendelizenz. Die seit 1948 unter dem Namen „Stimme der Hoffnung“ beziehungsweise „Adventist World Radio“ durchgeführte Radio-Arbeit wurde nun als „Hope Channel Radio“ auf ein 24-Stunden-Programm ausgeweitet. 2009 folgte der Erwerb der Fernsehlizenz und der Start von „Hope Channel Fernsehen“, ebenfalls mit 24-Stunden-Programm.

Zum nunmehr europäischen Medienzentrum der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten gehören, neben „Hope Channel“ Radio und Fernsehen, die Internet- und EDV-Dienstleistungen sowie die Audio- und Video-Produktionen „Adventist Media Services“, die Blindenhörbücherei, das „Hope Bibelstudien-Institut“, ein christlicher Medienshop sowie die Bildagentur „ChurchPhoto“. Weitere Informationen unter [www.stimme-der-hoffnung.de](http://www.stimme-der-hoffnung.de)

**Groß denken auch bei kleinen Anfängen**

„Rainer Geschke hat entscheidend die Entwicklung des Medienzentrums mitgestaltet“, betonte der Geschäftsführer der „Stimme der Hoffnung“, Klaus Popa. Sein Motto sei stets gewesen: „Denke so groß, wie möglich, und fange so klein an, wie nötig.“ Geschke habe immer dazu ermutigt, sich nicht von Umständen einschränken zu lassen. „Sein Wunsch war stets, dass Menschen erfahren und erleben, dass Gott gütig ist und sie liebt.“

Ab dem 1. Januar 2017 wird Rainer Geschke seine neue Tätigkeit als Chefbuchhalter der Zusatzversorgungskasse und Immobilienverwaltung für die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland in Hamburg antreten.



## Weltfriedenstag 2017: „Gewaltlosigkeit - Stil einer Politik für den Frieden“

Arbeitshilfe Nr. 291 „Gewaltlosigkeit“

© Logo: DBK

**Bonn/APD** Seit 50 Jahren feiert die römisch-katholische Kirche jeweils zu Jahresbeginn den „Welttag des Friedens“. Papst Franziskus hat den Weltfriedenstag am 1. Januar 2017 unter das Thema „Gewaltfreiheit: Stil einer Politik für den Frieden“ gestellt. Die Deutsche Bischofskonferenz gab dazu eine Arbeitshilfe heraus.

### Gewalt ist immer ein Übel

„Die christliche Botschaft ist von allem Anfang an gewaltkritisch gewesen, auch wenn kirchliche Verkündigung und Praxis diesen Impuls Jesu nicht zu allen Zeiten genügend wirksam gemacht haben mögen“, so der Vorsitzende der römisch-katholischen Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx, in seinem Geleitwort. Gewalt, selbst wenn sie von ihren Zielen her gerechtfertigt sei beziehungsweise als „ultima ratio“ möglicherweise unumgänglich erscheine, stelle stets ein Übel dar. „Denn über Zerstörung und Tod hinaus prägt sie die Einzelnen wie die Völker auf lange Frist“, so der Kardinal. „Und gerade so gebiert Gewalt immer neue Gewalt. Diesen Kreislauf zu durchbrechen, ist das Ziel und das Programm einer Politik der Gewaltfreiheit.“ Auf allen Ebenen, im lokalen, nationalen und globalen Kontext, sei eine solche Politik deshalb gefordert. Es gehe darum, die Gewaltverhältnisse und die ungerechten Strukturen, die Gewalt hervorrufen können, Schritt für Schritt und immer neu auszutrocknen.

### Gewaltfreie Friedenspolitik

Mehrere Beispiele für Gewaltlosigkeit als politische Praxis werden in der Arbeitshilfe vorgestellt. So beschreibt der Generalsekretär der Gemeinschaft Sant’Egidio mit Sitz in Rom, Dr. Cesare Zucconi, wie seine Organisation in verschiedenen Krisen- und Kriegsgebieten über viele Jahre hinweg „mit Geduld und Diskretion Beziehungen zu verschiedenen Akteuren des öffentlichen Lebens“ aufgebaut hat. Beispielsweise habe Sant’Egidio nach Einschätzung vieler Experten in Mosambik einen wesentlichen Anteil am Zustandekommen des Friedensvertrages gehabt, durch den ein 15-jähriger Bürgerkrieg beendet werden konnte. Winfried Nachtwei, langjähriges Mitglied des Deutschen Bundestages und Experte für Friedens- und Sicherheitspolitik, beschreibt zivile Konfliktbearbeitung als einen elementaren Baustein deutscher Friedenspolitik. Die Wirkung eines solchen Bausteins im Kontext christlicher Entwicklungszusammenarbeit wird von Sandra Koch, die derzeit als Fachkraft im „Zivilen Friedensdienst“ in Sierra Leone aktiv ist, mit einem Bericht aus ihrer Praxis veranschaulicht.

### Gewaltprävention und Achtung der Menschenrechte

In einem kirchen- und zeitgeschichtlichen Rückblick auf die vergangenen 50 Jahre



zeichnet Professor Dr. Ulrich Ruh, Theologische Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Grundlinien und Entwicklungen des kirchlichen Friedensdenkens seit der Einführung des Welttags des Friedens durch Papst Paul VI. nach. Er stellt dabei auch die Bedeutung der großen Friedensschriften der katholischen deutschen und US-amerikanischen Bischöfe aus den Jahren 1983 und 2000 für die internationale Debatte heraus. Der Sozialethiker Professor Dr. Thomas Hoppe, Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr in Hamburg, erläutert die Bedeutung von Instrumenten der Gewaltlosigkeit für die Überwindung struktureller Gewalt. Bischof Dr. Stephan Ackermann (Trier), Vorsitzender der Deutschen Kommission Justitia et Pax, beschreibt das Verhältnis zwischen Gewaltprävention und Achtung der Menschenrechte. Er macht deutlich, wie sehr es „in unserem Interesse liegt, die Kraft des Rechts, die Orientierung an Menschenrechten und Menschenwürde als große Leistung anzuerkennen, die nicht zuletzt Voraussetzung dafür ist, Konflikte ohne die Anwendung von Gewalt zu lösen“.

### **Durch interreligiöse Zusammenarbeit zum Frieden**

Ausgehend von der alttestamentlichen Geschichte von Kain und Abel erläutert Professorin Dr. Ilse Müllner, Institut für Katholische Theologie der Universität Kassel, in einem bibeltheologischen Beitrag Gewaltunterbrechung als biblischen Weg zum Frieden. Texte aus Beirut und Jerusalem zur interreligiösen Zusammenarbeit als notwendige Bedingung für den Frieden regen zum Nachdenken über den Umgang zwischen Menschen verschiedener Religionszugehörigkeiten an. Der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Professor Dr. Thomas Sternberg, Katholisch-Theologische Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, reflektiert in seinem Beitrag die Handhabung von Proteststimmungen in der deutschen Politik. Daneben bietet die Arbeitshilfe auch Anregungen für Gottesdienste und Gebetsstunden.

Die Arbeitshilfe Nr. 291 „Gewaltlosigkeit – Stil einer Politik für den Frieden“ kann als pdf-Datei heruntergeladen werden unter:

[http://www.dbk-shop.de/index.php?page=product&info=25848&dl\\_media=25225](http://www.dbk-shop.de/index.php?page=product&info=25848&dl_media=25225)

## INTERNATIONAL

## EU-Tagung mit religiösen Führungspersonlichkeiten

Treffen zwischen EU-Kommission und Religionsvertretern in Brüssel



Im Vordergrund: Wiens Oberrabbiner Arie Folger

© Foto: Europäische Kommission, Brüssel

**Brüssel/Belgien/poi/CBS KULTUR INFO/APD** Die Religionsgemeinschaften in Europa müssen sich für die gesellschaftliche Eingliederung von Migranten einsetzen, wissen aber, dass viele ihrer Anhänger diese aufnehmende Haltung kaum teilen. Das ist nach den Worten von Wiens neuem Oberrabbiner Arie Folger eine der Erkenntnisse, die am 29. November bei einem EU-Treffen in Brüssel mit religiösen Führungspersonlichkeiten zur Sprache kamen.

Bei der Tagung der EU-Kommission sprachen hochrangige Vertreter von Christentum, Judentum und Islam über Migration, Integration und europäische Werte. Im Gespräch mit „Radio Vatikan“ sagte Folger, bei einer solchen Debatte würden sich die religiösen Führungspersonlichkeiten gewissermaßen „in einem Echoraum“ befinden, „wo man mit Gleichgesinnten spricht“. Namentlich christliche Verantwortungsträger hätten aber darauf hingewiesen, dass in ihren jeweiligen Kirchen „auch ganz andere Meinungen“ vorhanden seien. „Es gibt einen Konsens, dass man etwas tun muss und dass die Menschenliebe im Vordergrund stehen soll, aber es gibt keinen Anspruch, dass dieser Konsens auch der Konsens auf der Straße ist“, sagte Oberrabbiner Folger.

Der jüdische Geistliche warnte vor einer kurzfristigen Strategie im Umgang mit der Flüchtlingskrise. Polizeidaten etwa aus Deutschland und Frankreich zeigten klar, dass nicht die erste Generation, sondern Angehörige der zweiten oder dritten Generation Schwierigkeiten bei der Akzeptanz europäischer Werte hätten und straffällig würden: „Man muss aufpassen: die Integration besteht nicht nur aus der Aufnahme von neuen Flüchtlingen, aus Sprachunterricht und Versorgung mit Arbeit und Dach über dem Kopf. Erst wenn die zweite Generation gut integriert ist, kann man sagen, dass man erfolgreich ist – wenn sich die Leute mit Europa identifizieren und die demokratischen Werte Europas zu ihren eigenen gemacht haben“. Das verlange die richtigen Schritte auf beiden Seiten, von Migranten und Aufnahmeländern, so Folger.

### Rechtsextremer, linksextremer und radikalmuslimischer Antisemitismus

Antisemitismus in Europa kommt heute nach den Worten des Oberrabbiners aus verschiedenen Richtungen. Folger unterschied zwischen rechtsextremem, linksextremem und radikalmuslimischem Antisemitismus, „und man soll nicht den einen Antisemitismus allein sehen und die anderen Arten vergessen“. In Papst Franziskus sieht der neue Wiener Oberrabbiner, der seit 1. September im Amt ist, einen sehr guten Verbündeten: „Wir freuen uns sehr über bestimmte Aussagen von Papst Franziskus, die wesentlich dazu beitragen, dass den Menschen bewusst wird, dass der Antisemitismus manchmal breiter ist als man öffentlich berichtet“.

Arie Folger war von 2003 bis 2008 Rabbiner der Israelitischen Gemeinde Basel (Schweiz) und arbeitete danach als Verlagsdirektor des Amerikanischen Rabbinerverbandes. Seit September 2011 war er als Oberrabbiner der Israelitischen Kultusgemeinde München tätig und 2015/2016 als Rabbiner im Dienst der Jüdischen Gemeinde Karlsruhe. Am 1. Juni 2016 trat er das Amt als Oberrabbiner in Wien an. Er wurde 1974 in Belgien geboren und absolvierte seine Ausbildung zum Rabbiner unter anderem in Wilrijk (Belgien), Gateshead (England) sowie in Jerusalem und New York. Rabbiner Arie Folger ist verheiratet und hat sechs Kinder.

## Menschenrechtstag: Kirchen zur Unverfügbarkeit der menschlichen Würde



Symbolbilder

© Fotos: Gerhard Grau; Robby; Jörg Varnhold/churchphoto.de

**Bern und Freiburg/Schweiz/SEK/SBK/APD** Um Achtung und Schutz der Menschenwürde müsse in vielen Bereichen ständig gerungen werden, schreiben die römisch-katholische, die christkatholische und die reformierten Kirchen der Schweiz zum internationalen Menschenrechtstag am 10. Dezember. Die Menschenwürde müsse in Migrationsfragen, bei Globalisierung und Welthandel, Klimawandel und Umweltschutz oder in schwierigen Situationen am Beginn und Ende des Lebens gewahrt bleiben.

„Die Würde jedes Menschen ist dabei keine Frage von Selbstbestimmung, sondern geht dieser stets voraus. Weil kein Mensch seine Würde selbst garantieren kann, gilt Würdeschutz immer der und dem Anderen. Würdeschutz betrifft alle, überall auf der Welt“, so die drei Kirchen.

### Das Ende der Unverfügbarkeit ist der Anfang der Entwürdigung

Die Würde der Menschen und der Kreatur könne gerade nicht gemacht, sondern müsse gelassen – zugelassen – werden. Appelle an die Menschenwürde reichten nicht aus, sondern es sei ein Umdenken angesagt, mit einem entsprechenden Handeln. „Das Ende der Unverfügbarkeit ist der Anfang der Entwürdigung“, schreiben die drei Kirchen.

Verlautbarung zum Menschenrechtstag der christ- und römisch-katholischen sowie der reformierten Kirchen der Schweiz „Zwischen Machen und Lassen“ – Zur Unverfügbarkeit der menschlichen Würde:

[http://www.kirchenbund.ch/sites/default/files/media/pdf/themen/menschenrechte/MR\\_2016/verlautbarung\\_2016\\_d.pdf](http://www.kirchenbund.ch/sites/default/files/media/pdf/themen/menschenrechte/MR_2016/verlautbarung_2016_d.pdf)

### Adventistischer Theologe zur Menschenwürde: Menschen sind wichtiger als Objekte

Im Februar 2016 sprach Dr. Ganoune Diop, Direktor der Abteilung für Außenbeziehungen und Religionsfreiheit (PARL) der Weltkirchenleitung der Siebententags-Adventisten im Einleitungsreferat auf dem UNO-„Symposium zur Rolle der Religionen und religiöser Organisationen in internationalen Angelegenheiten“ in New York/USA zur Menschenwürde im Zusammenhang mit religiös motivierter Gewalt.

Extremistische Gewalt werde auch durch eine theologische Perspektive gefördert, die Ideen oder Gegenstände vor den Respekt und die Achtung anderer Menschen setze, sagte der aus Senegal stammende Theologe. „Menschen sind wichtiger als Kathedralen, Kirchen, Moscheen oder Schreine“, so Diop. Es gehe darum mit Unterschiedlichkeiten würdevoll umzugehen und sich um die „körperliche, emotionale und geistige Unversehrtheit jedes Menschen zu kümmern“. Adventisten hätten von ihrem theologischen Verständnis der Schöpfung einen wichtigen Beitrag zur Förderung der Würde des Menschen zu leisten. Das Geschaffensein des Menschen im Bilde Gottes „gibt uns ein einzigartiges Verständnis der Einheit der menschlichen Familie“, so Diop.

## Kein Fortschritt beim Recht auf Kriegsdienstverweigerung in Europa



### European Bureau for Conscientious Objection

35 Van Elewyck street, 1050 Brussels, Belgium  
Tel: +32 2 648 5220, Fax: +32 2 648 6988  
[ebco@ebco-beoc.org](mailto:ebco@ebco-beoc.org) / [www.ebco-beoc.org](http://www.ebco-beoc.org)



© Grafik: EBCO

Bonn/APD Zum Internationalen Tag der Menschenrechte am 10. Dezember hat das Europäische Büro für Kriegsdienstverweigerung (EBCO) seinen Jahresbericht „Kriegsdienstverweigerung in Europa 2016“ vorgelegt. EBCO-Vorsitzender Friedhelm Schneider, der die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK) in der Menschenrechtsorganisation vertritt, bilanziert den Bericht mit der Einschätzung: „Insgesamt war die Menschenrechtssituation von Kriegsdienst-

**verweigerern in Europa 2016 durch Stagnation statt Fortschritt gekennzeichnet.“**

### **Weiterhin Diskriminierung von Kriegsdienstverweigerern in Europa**

Zwei symptomatische Beispiele für diese Beobachtung sieht Schneider in der fortgesetzten Diskriminierung von Kriegsdienstverweigerern in der Türkei und in Griechenland. Seit über einem Jahrzehnt missachte die türkische Regierung das wegweisende Urteil des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofes, welches im Januar 2006 dem Kriegsdienstverweigerer Osman Murat Ülke Recht gegeben und die Türkei dazu verurteilt hatte, das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen gesetzlich zu regeln. Griechenland betreffend hätten in den zurückliegenden Monaten drei internationale Menschenrechtsinstitutionen auf schwerwiegende Verletzungen des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung hingewiesen. Trotz deutlicher Abmahnungen durch den UN-Menschenrechtsrat, den UN-Menschenrechtsausschuss und den Europäischen Menschenrechtsgerichtshof bleibe die griechische Regierung untätig.

### **Vergleichbarer Fall, unterschiedliche Handhabung**

Als bedenkliche Tendenz beklagt das Europäische Büro für Kriegsdienstverweigerung weiterhin die unberechenbare Situation, der sich Kriegsdienstverweigerer im Asylverfahren ausgesetzt sehen. Vor Verfolgung geflohene Kriegsdienstverweigerer mit vergleichbaren Biografien würden nach Schneiders Aussage das eine Mal anerkannt, ein anderes Mal abgelehnt; je nachdem in welchem europäischen Staat sie ihren Asylantrag eingereicht hatten.

### **Wenige Lichtblicke**

Zu den wenigen Lichtblicken des Jahres 2016 gehöre die Haftentlassung des ukrainischen Kriegsdienstverweigerers Ruslan Kotsaba, der seine Mitbürger dazu aufgerufen hatte, sich dem Brudermord im Ukraine-Konflikt zu verweigern. Nicht zuletzt dank einer internationalen Solidaritätskampagne habe er das Gefängnis nach 18 Monaten verlassen können. Auch die Anerkennung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung in dem von Kurden kontrollierten Kanton Cizre im Nordosten Syriens, einem Schauplatz des Kampfes mit dem IS, markiere eine positive Entwicklung gegen den vorherrschenden Trend.

### **Bundesregierung soll aktiv werden**

Es ist nach Ansicht Schneiders ein Skandal, dass Mitgliedsstaaten des Europarats, und mit Griechenland auch der Europäischen Union, das Recht auf Kriegsdienstverweigerung völkerrechtswidrig und dauerhaft verletzen, ohne Sanktionen befürchten zu müssen. Die Glaubwürdigkeit der internationalen Menschenrechtsinstitutionen, so der EBCO-Vorsitzende, werde massiv beschädigt, wenn die Umsetzung ihrer Entschlüsse und Urteile nicht erreicht werden könne. Es sei deshalb wichtiger denn je, dass Nichtregierungsorganisationen und Kirchen die nationalen Regierungen an ihre internationale Verantwortung für den Schutz der Kriegsdienstverweigerer erinnern. Auf dem Hintergrund der deutschen Erfahrungen mit Kriegsdienstverweigerung und Zivildienst biete sich hier besonders für die Bundesregierung ein unterstützenswertes Politikfeld an.

Die EBCO-Studie „Kriegsdienstverweigerung in Europa 2016“ ist die derzeit aktuellste und umfassendste Veröffentlichung zum Thema. Ihr englischsprachiger Text kann im Internet unter [www.ebco-beoc.org](http://www.ebco-beoc.org) heruntergeladen werden.

## Schweiz: Über 400 bei Flashmob für verfolgte Christen



Flashmob in Bern am internationalen Tag der Menschenrechte

© Foto: Schweizerische Evangelische Allianz

**Bern, Genf, Zürich/Schweiz/SEA/APD** Am 10. Dezember 2016, dem Internationalen Tag der Menschenrechte, solidarisierten sich 700 Personen auf den Straßen von Bern, Genf und Zürich mit verfolgten Christen weltweit. 400 von ihnen beteiligten sich an Flashmobs bei denen die Protagonisten mit weißen Masken Unterdrückten ein „Gesicht“ verliehen. Sie folgten dem Aufruf der Aktion „Verfolgung.jetzt“, hinter der mehrere christliche Werke stehen.

Auf die Straße in Bern, Genf und Zürich gingen die Teilnehmenden der Aktion, weil sich die Verfolgungssituation von Christen in den vergangenen Jahren in einigen Ländern wesentlich verschärft habe, schreibt die Arbeitsgemeinschaft Religionsfreiheit der Schweizerischen Evangelischen Allianz in einer Medienmitteilung. Hinzu komme, dass Christen, die fliehen, in den Flüchtlingszentren der Aufnahmeländer oft Anfeindungen wegen ihres Glaubens ausgesetzt seien.

„Die Solidarität mit den verfolgten Christen ist wichtig, ebenso das öffentliche Hinweisen auf die groben Menschenrechtsverletzungen, welche diese Menschen erdulden müssen“, sagte Patrick Schäfer, Präsident des Organisationskomitees. Die Aktionen hätten mitten in der Hektik der Adventszeit einen Kontrast gebildet und seien von den Passanten mit Interesse verfolgt worden, so Schäfer.

# USA: Adventist zum Minister für Wohnungsbau und Stadtentwicklung nominiert



Ben Carson

© Foto: Gage Skidmore/Wikimedia Commons

Silver Spring, Maryland, USA/AR/APD Der US-amerikanische pensionierte Neurochirurg und Autor Benjamin S. Carson (65) wurde Anfang Dezember von Donald Trump als Minister für Wohnungsbau und Stadtentwicklung nominiert. Wenn der US-Senat der Nominierung zustimmt, wäre Carson der erste Siebenten-Tags-Adventist im US-Kabinett. Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten tritt sowohl für Religionsfreiheit als auch für eine strikte Trennung von Kirche und Staat ein.

„Ben Carson hat einen brillanten Geist und ist leidenschaftlich daran interessiert, Gemeinden und Familien in diesen Gemeinden zu stärken“, wird der designierte US-Präsident Trump laut Mitteilung der adventistischen Kirchenzeitschrift „Adventist Review“ (AR) zitiert. „Wir haben ausgiebig über meine Agenda zur Städteerneuerung gesprochen“. „Ben teilt meinen Optimismus in Bezug auf die Zukunft unseres Landes“. „Er ist ein harter Wettkämpfer, der niemals aufgibt“, so Trump.

## Aufgabenbereiche

„Ich denke, dass ich einen entscheidenden Beitrag liefern kann, speziell durch die Stärkung von Gemeinden, die am meisten Unterstützung brauchen. Wir haben viel Arbeit damit, jeden Bereich unserer Nation zu verbessern und sicher zu stellen, dass der Wohnbedarf gedeckt wird“, so Ben Carson nach AR. Das Ministerium für Wohnungsbau und Stadtentwicklung wurde 1965 gegründet und kümmert sich um Wohnbedarf, gerechte Wohnungsbaugesetze sowie darum, dass örtliche Gemeinden in den USA verbessert und gefördert werden. Das Ministerium verfügt laut AR über einem jährlichen Etat von 48 Milliarden US-Dollar (rund 45 Milliarden Euro).

## Zur Person

Der Neurochirurg Ben Carson ist Afroamerikaner und leitete bis zu seiner Pensionierung im Jahr 2013 die Abteilung für Pädiatrische Neurochirurgie am Johns Hopkins

Krankenhaus in Baltimore. Carson ist in Detroit, Michigan, geboren und aufgewachsen. Er nahm 2015 eine Zeit lang am Auswahlverfahren der Republikaner zur US-Präsidentschaftskandidatur teil.

In seiner Autobiographie „Begnadete Hände“ berichtet er von seiner Kindheit in Armut, die er erfolgreich durch Bildung und großen persönlichen Einsatz hinter sich ließ. 1987 gewann Carson durch die Trennung von siamesischen Zwillingen, die am Hinterkopf zusammengewachsen waren, weltweite Reputation. Seitdem verliehen ihm mehr als 60 Universitäten die Ehrendoktorwürde. 2008 bekam Carson vom damaligen US-Präsident George W. Bush für sein Lebenswerk die „Medal of Freedom“ überreicht, die höchste zivile Auszeichnung der USA. Carson ist verheiratet mit Candy und Vater von drei Kindern. Er ist Mitglied der Spencerville-Adventgemeinde in Silver Spring, Maryland, USA.

### **Erklärung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten**

Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten tritt für eine strikte Trennung von Kirche und Staat ein. Bereits im Laufe des Vorwahlkampfes zu den Präsidentschaftswahlen in den USA hatte auch die Kirchenleitung in Deutschland eine Erklärung zur „[Kandidatur für politische Ämter](#)“ abgegeben. Darin heißt es: „Personen, die für politische Wahlämter kandidieren, werden von der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten darin weder unterstützt, noch gehindert.“ „Persönliche oder religiöse Äußerungen von Kandidierenden im Rahmen des Wahlkampfes werden von der Kirche als deren Meinung eingestuft und nicht kommentiert. Derartige Äußerungen sind nicht mit den Glaubensartikeln oder Auffassungen der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten gleich zu setzen.“

---

## **UNO-Sonderberichterstatter für Religionsfreiheit trifft adventistischen Repräsentanten bei der UNO**



Nelu Burcea (links) mit Ahmed Shaheed  
© Foto: United Nations

Silver Spring, Maryland/USA/ANN/APD Wie Adventist News Network (ANN) im Dezember 2016 berichtete, hat sich Nelu Burcea, adventistische Verbindungsperson



bei der UNO, mit Ahmed Shaheed, UNO-Sonderberichterstatter für Religions- und Weltanschauungsfreiheit, in New York City zu einer Aussprache getroffen.

Ahmed Shaheed (52) war bisheriger UN-Sonderberichterstatter für Menschenrechte im Iran und früherer Außenminister der Malediven. Er löste dieses Jahr den Theologen, Philosophen und Historiker Heiner Bielefeldt als UN-Sonderberichterstatter für Religions- und Weltanschauungsfreiheit ab. Dieser hatte die Aufgabe 2010 übernommen.

„Ich habe Dr. Shaheeds Arbeit als Sonderberichterstatter für Menschenrechte im Iran verfolgt und mir ist sein leidenschaftliches Engagement für die Verteidigung der Wehrlosen und für jene, die keine Stimme haben, sofort aufgefallen“, sagte Dr. Nelu Burcea. Dieser Eindruck habe sich beim Gespräch mit Shaheed bestätigt. Er begrüße die Möglichkeit mit Shaheed zusammenzuarbeiten, „um die erstrangige Freiheit zu fördern - die Freiheit, gemäß dem eigenem Gewissen glauben und anbeten zu können“, so Burcea.

Er habe Ahmed Shaheed das weltweite Wirken der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten vorgestellt. Ebenso den rund 150-jährigen Einsatz der Kirche, die Religionsfreiheit für alle Menschen zu verteidigen. Gemeinsam hätten sie auch die Herausforderungen für das Anliegen der Religionsfreiheit in verschiedenen Weltgegenden besprochen.

Der Rumäne Nelu Burcea repräsentiert die Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten bei der UNO. Er nimmt regelmäßig an Sitzungen des UNO-Menschenrechtsrats in New York City/USA und in Genf/Schweiz teil. Es sei seine Aufgabe, die adventistische Kirche auf der internationalen Bühne bekannt zu machen sowie gute Beziehungen mit jenen aufzubauen, welche die Ziele der Kirche in Bereichen wie Menschenrechte und humanitärer Versorgung teilten, schreibt ANN.



## Kroatien: Adventistischer Pastor erhält Menschenrechts- preis 2016

Dragutin Matak und Dubravka Šimonović  
© Foto: tedNEWS

Zagreb/Kroatien/tedNEWS/APD Der adventistische Pastor Dragutin Matak bekam am 9. Dezember 2016 in Zagreb den Menschenrechtspreis 2016 des kroatischen Helsinki Komitees (Hrvatski Helsinški Odbor) verliehen. Damit wurde sein Einsatz für Menschenrechte, Religionsfreiheit und den interreligiösen Dialog in Kroatien gewürdigt. Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Kroatien unterstütze die Anliegen der Religionsfreiheit und der Menschenrechte voll und ganz, teilte die

**Kommunikationsabteilung der teilkontinentalen Kirchenleitung in Nord- und Südosteuropa (Trans-Europäische Division, TED) mit Sitz in St. Albans, England, mit.**

Dr. Matak ist adventistischer Pastor, Theologe und Generalsekretär der kroatischen Gesellschaft für Religionsfreiheit. Im Sommer 2016 war Matak Teil einer Delegation von Kirchenvertretern aus Kroatien, die die religiösen und politischen Führungskräfte im Iran besuchten. In seiner Dankesrede betonte Matak die Notwendigkeit persönlicher moralischer Pflichten um menschliche Freiheit und Religionsfreiheit zu erlangen, so tedNEWS.

Neben Matak wurden noch zwei weitere Personen gewürdigt: Dr. Dubravka Šimonović, Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen über Gewalt gegen Frauen, sowie der Journalist Dr. Inoslav Bešker.

### **Kroatisches Helsinki Komitee**

Das verleihende Komitee wurde im März 1993 gegründet, um die Menschenrechte in Kroatien zu schützen und zu fördern. Zuerst Teil der Internationalen Helsinki Föderation wurde das Komitee schließlich im April 2003 als lokale Nicht-Regierungs-Organisation unter kroatischem Gesetz anerkannt.

### **Adventisten in Kroatien**

Die Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten umfasst in Kroatien bei rund 4,2 Mio. Einwohnern 2.779 erwachsen getaufte Mitglieder, die samstags (am Sabbat) in 84 Kirchengemeinden Gottesdienst feiern.

---

## **USA: Adventisten begrüßen neues Gesetz zur Förderung internationaler Religionsfreiheit**



**Ganoune Diop**  
© Foto: Jens Mohr/APD

**Silver Spring, Maryland/USA/ANN/APD** US-Präsident Obama hat im Dezember ein neues Gesetz zur Förderung von internationaler Religionsfreiheit unterzeichnet. Dwayne Leslie, Verbindungsperson der adventistischen Weltkirchenleitung zur amerikanischen Regierung in Washington, D.C., nannte diese Tatsache einen

**notwendigen Schritt im weltweiten Kampf gegen religiöse Verfolgung.**

Wie die Kommunikationsabteilung der Weltkirchenleitung der Siebenten-Tags-Adventisten (*Adventist News Network, ANN*) mitteilte, unterzeichnete Präsident Obama den Gesetzesentwurf am 16. Dezember nach einem fünfjährigen Verfahren, welches das Gesetz unter der Bezeichnung „Frank R. Wolf International Religious Freedom Act“ durchlaufen hatte. Das Gesetz ist nach dem ehemaligen US-Kongressabgeordneten Frank Wolf benannt, der sich über 20 Jahre lang für den Schutz religiöser Minderheiten auf der ganzen Welt eingesetzt hatte.

Laut ANN stärke das neue Gesetz das Gewicht von Fragen der Religionsfreiheit innerhalb der US-amerikanischen Außenpolitik. So sei ein Training bezüglich Religionsfreiheit für alle Diplomaten vorgeschrieben, ebenso die weltweite Beobachtung religiöser Unterdrückung. Auch werde die Bedeutung des Sonderbotschafters für internationale Religionsfreiheit erhöht.

**Reaktion der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten**

Dr. Ganoune Diop, Abteilungsleiter der Weltkirchenleitung der Siebenten-Tags-Adventisten für öffentliche Angelegenheiten und Religionsfreiheit (PARL), wies darauf hin, dass es ein Grundanliegen von PARL sei, solche Gesetzgebung zu fördern. Dies sei Teil des über 150-jährigen Einsatzes der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten, Religionsfreiheit als ein grundlegendes Menschenrecht voranzubringen.

„Als Adventisten glauben wir, dass jeder Mensch unabhängig von seinem Wohnort das Recht hat, nach seinem Gewissen Gottesdienst zu feiern oder eben auch nicht“, so Dwayne Leslie, stellvertretender Abteilungsleiter von PARL.

## SOZIALES & ENTWICKLUNG

### Kolumbien: 600 Fahrräder für Schüler aus bedürftigen Familien



Schüler in Uribia, Nordkolumbien, mit ihren Fahrrädern  
© Foto: Mauricio Buitrago/NOCU

**Silver Spring, Maryland/USA/AR/APD** Rund 600 Kinder auf der Guajira-Halbinsel in Nordkolumbien haben dank der Initiative „Räder für Bildung“ von Mitgliedern der Siebenten-Tags-Adventisten ein funktionstüchtiges Fahrrad erhalten. Damit soll den Kindern der tägliche Schulbesuch erleichtert werden.

Die Initiative „Räder für Bildung“ habe ihre Jahresaktion in einer der von Trockenheit am meisten betroffenen Regionen in Nordkolumbien mit der Übergabe der Fahrräder abgeschlossen, teilte die nordamerikanische Kirchenzeitschrift *Adventist Review* (AR) mit.

„Diese Aktion hat große Auswirkungen in dieser bedürftigen Kommune gehabt“, sagte Mauricio Buitrago, Jugendabteilungsleiter der Adventisten in Nordkolumbien. Viele der Kinder dort hätten täglich einen Schulweg von drei bis vier Stunden Fußweg auf Naturstraßen bei Wüsten-Klima. Mehr als 100 Freiwillige, darunter viele Helfer von der Colombia Adventist University, Medellin, und Kirchenmitglieder hätten gut erhaltene Fahrräder gesammelt, repariert und lackiert. Die Initiative „Räder für Bildung“ habe dabei mit dem Sozialdepartement von Uribia zusammengearbeitet.

„Wir sind Gott sehr dankbar für diese hervorragende Initiative der adventistischen Kirche“, sagte Jaineth Daza, eine Leiterin der Sozialarbeit in Uribia. Es gäbe viele Kinder, die keinen Zugang zu Bildung hätten, weil sie über kein entsprechendes Transportmittel verfügten.

#### **Adventisten in Kolumbien**

In Kolumbien, mit knapp 49 Millionen Einwohnern, leben rund 250.000 Adventisten, die durch Glaubenstaufe Mitglieder der Kirche wurden. Sie feiern am Samstag (Sabbat), dem biblischen Ruhetag, in 1.586 Kirchengemeinden ihren Gottesdienst, unterhalten 27 Grund- und 23 Sekundarschulen, eine Universität, zwei Altersheime und drei Gesundheitsfabrik.

# KULTUR

## 47 neue Studierende in Friedensau im Wintersemester 2016



Bibliothek der Theologischen Hochschule Friedensau  
© Foto: Matthias Müller/churchphoto.de

**Friedensau bei Magdeburg/APD** 200 Studierende sind für das Wintersemester an der Theologischen Hochschule der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Friedensau bei Magdeburg eingeschrieben. Fast die Hälfte der Studierenden kommt aus anderen Ländern.

### Fachbereich Theologie

Im Wintersemester 2016/2017 studieren 200 Studierende an der Hochschule. Das Semester begann mit 10 Studierenden mehr als im Vorjahr. 51 Personen sind im Fachbereich Theologie eingeschrieben, 24 davon in einem der zwei Masterprogramme „Master of Arts Theologie“ (M.A. – vier Semester) oder „Master of Arts Theological Studies“ (M.T.S. – englischsprachig, vier Semester). 2016 gab es hier sieben Neuzugänge.

### Fachbereich Sozialwesen

Der Fachbereich Christliches Sozialwesen verzeichnet 125 Studierende, davon sind 88 Studierende in einem der vier Masterprogramme eingetragen: „Master of Arts Counseling/Beratung“ (M.A. – vier Semester), „Master of Arts International Social Sciences“ (M.A. – englischsprachig vier Semester), „Master of Arts Sozial- und Gesundheitsmanagement“ (M.A. – berufsbegleitend sechs Semester) und „Master of Arts Musiktherapie“ (M.A. – berufsbegleitend sechs Semester).

### Hohe Integration ausländischer Studierender

Den Studienvorbereitungskurs „Deutsch für Ausländer“ belegen 24 Studierende. An der Hochschule studieren momentan 93 ausländische Studierende aus 34 Ländern mit Herkunftsstaaten wie Bangladesch, China, Myanmar und Simbabwe. Dies entspricht einem Ausländeranteil von 47 Prozent. Bereits 2010 hatte die Theologische Hochschule

den Integrationspreis der Landesrektorenkonferenz erhalten. Die jährlich vergebene Auszeichnung würdigt Bemühungen um die Integration von ausländischen Studierenden und Wissenschaftlern. Die Landesrektorenkonferenz ist ein Gremium der zehn staatlichen und privaten Hochschulen und Universitäten Sachsen-Anhalts.

Die Theologische Hochschule Friedensau befindet sich in Trägerschaft der evangelischen Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten. Sie wurde 1899 gegründet und erhielt 1990 die staatliche Anerkennung. Weitere Informationen: [www.thh-friedensau.de](http://www.thh-friedensau.de)

---

## Spanien: Adventistische Studentin erhält Umweltpreis



**Brandrodung am Rio Xingu, Brasilien**

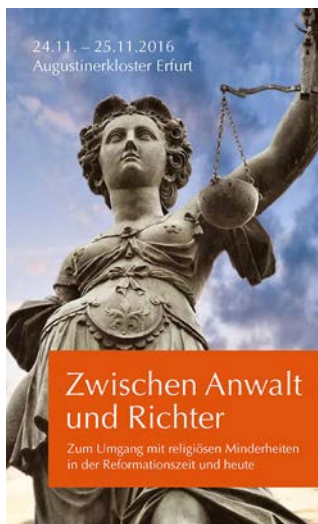
Bild mit freundlicher Genehmigung des Image Science & Analysis Laboratory, NASA Johnson Space Center / Wikimedia Commons

**Bern/Schweiz/EUDNews/APD** Janielle Souza Pereira, adventistische Studierende an der brasilianischen Hochschule „Universidade Federal do Vale do São Francisco“, hat 2016 den Internationalen Preis für Waldbrandforschung gewonnen und ist in Spanien geehrt worden.

Für ihre Forschung über die „Auswirkungen von kontrolliertem Verbrennen auf physikalische, chemische und mikrobiologischen Aspekte von Erdboden“ wurde Pereira in Spanien ausgezeichnet. Der Preis sei die Initiative einer internationalen Stiftung zur Erforschung von Feuerökologie und Feuermanagement, teilte die Kommunikationsabteilung der teilkontinentalen Kirchenleitung der Siebenten-Tags-Adventisten in West- und Südeuropa mit Sitz in Bern (EUDNews) mit. „Ich war überrascht und fühle mich zugleich sehr geehrt“, sagte Pereira. Jede Sekunde im Labor und in der Feldforschung habe sich gelohnt. Janielle Pereira ist Mitglied der Freikirche Siebenten-Tags-Adventisten in Santo Antônio, Brasilien.

Im Rahmen des brasilianischen Regierungsprogramms „Wissenschaft ohne Grenzen“, zeigte Pereira bei der Vorstellung ihres Projekts in Spanien auf, wie organisches Material durch Brände verloren geht. Ihre Studie weise auf die Schäden durch Brände hin, die

nicht nur die Biodiversität und das Ökosystem betreffen, sondern auch die Bodenerosion erhöhen, die Luftqualität mindern, sowie andere ökologische Schäden verursachen. In Brasilien ist es laut EUDNews immer noch üblich, den Boden durch Brände für den Anbau vorzubereiten. Die Studie bietet Anlass, diese Praxis zu überdenken.



## Zum Umgang mit religiösen Minderheiten in der Reformationszeit und heute

Ein Tagungsbericht

Eine Fachtagung der  
Evangelischen Zentralstelle  
für Weltanschauungsfragen  
und des Konfessions-  
kundlichen Instituts



© Cover: EZW/KI

Die Evangelische Zentralstelle für Weltanschauungsfragen Berlin (EZW) und das Konfessionskundliche Institut Bensheim (KI) hielten vom 24. bis 25. November 2016 eine Fachtagung zum Umgang mit religiösen Minderheiten im Evangelischen Augustinerkloster in Erfurt ab. Mit dieser Tagung beteiligten sich beide Institute in der Vorbereitung auf dem Weg zum Reformationsjubiläum 2017. Namhafte Referenten trugen vor.

Prof. Sebastian Murken/Marburg konstatierte unterschiedliche Betrachtungen der konfessionellen Traditionen und neuen religiösen Bewertungen. Eine Fülle statistischen Materials legte er seinen Ausführungen zu Grunde. Soziologisch werden Gruppen, Konfessionen und Denominationen eingestuft. Er verwies auf „Opfer-Täter-Modelle“ wie auch auf Kultmodelle, die unterschiedliche Beurteilungen und Schlüsse erlauben. Murken nahm dezidiert die Position des Religionswissenschaftlers ein: Während die Theologie beurteilt, habe die Religionswissenschaft, die Aufgabe, zu vergleichen. Daran schloss sich der Fragenkomplex nach positioneller und kritischer Wissenschaft an, denn jede Wissenschaft lebt von Voraussetzungen, die Positionen und Kritik einschließen wie auch nach sich ziehen.

„Von der Gewissensfreiheit zur Religionsfreiheit“, eine faszinierende Themenstellung, geriet von evangelisch-lutherischem und freikirchlichem Ansatz in den Fokus. Prof. Wolf-Friedrich Schäufele/Marburg analysierte die Entwicklung der Reformation über die Aufklärung (J.J. Semler u. J.G. Herder) und hin zur Moderne (E. Troeltsch). Doch die Gestaltwerdung des Freiheitsgedankens, so Schäufele, tritt bereits bei Luther in der Unterscheidung von Gesetz und Evangelium hervor. Die Wirkmächtigkeit von Luthers Zwei-Reiche-Lehre, die zur theologischen Begründung der Religionsfreiheit einerseits

wie zur Freisetzung der politischen Lehre und Staatswesen Anlass bietet, wirkte bahnbrechend: Pragmatische Regelungen religiöser Pluralität als praktische Wegbereiter der Religionsfreiheit konstituierten ein Weltverständnis, das sich der römisch-katholischen Vorherrschaft entledigte. Luther lehrte die Unterscheidung der „Regimente“ und definierte das Verhältnis zwischen geistlicher und weltlicher Macht neu. In seinem Aufruf „An den christlichen Adel deutscher Nation“ appellierte er an die weltlichen Obrigkeiten, sich in den Dienst des Evangeliums zu stellen und zur Besserung der Christenheit Verantwortung zu übernehmen. Hieraus entwickelte sich das sogenannte landesherrliche Kirchenregiment, dessen Wirkungen bis heute spürbar sind. Beispiele aus Siebenbürgen, Polen und Litauen verdeutlichen Ansätze, aber auch Grenzen des Toleranzgedankens. Schäufele konstatierte, dass Luther die in seiner Obrigkeitsschrift zur Sprache gebrachte Offenheit nicht durchgehalten habe.

Einen anderen Zugang wählte Prof. Andrea Strübind/Oldenburg. Sie betonte aus baptistisch-freikirchlicher Sicht, dass und wie das landesherrliche Kirchenregiment in unterschiedlicher Gestalt erneut Macht gewann, sodass Luthers ursprüngliches Freiheits- und Toleranzverständnis in ein neues Machtgefüge versetzt wurde. Christen und Gemeinden, der radikalen Reformation zugehörig, wurden vertrieben und konnten ihr genuines Glaubensverständnis meist nur durch Flucht und Auswanderung in die neue Welt beibehalten. Flucht und Vertreibung führten zu einem neuen Freiheitsverständnis, das schließlich in der Menschenrechtsbewegung der USA welthistorische Bedeutung und Gültigkeit erlangte.

„Überzeugte Toleranz stärken“ lautete das Thema von Prof. Michael Roth/Mainz. Unterschieden wurden Toleranz und Indifferenz, ein „Toleranz-Macht-Gefälle“, das „nur von oben nach unten“ sich auswirkt. Feinfühlig deutete Roth das Phänomen „Ressentiment“, um potentielle Ursprünge von Intoleranz freizulegen. Macht und Intoleranz, „als Triebfeder eines aggressiven Denkens“ (F. Nietzsche), wie auch durch Max Schelers Wertphilosophie kamen zur Sprache: Infolge eines Aus-, Auf- und Umwertens durch „den vornehmen Menschen“ im Gegenüber zum „gemeinen Menschen“ werde die Gleichwertigkeit und Toleranz nachhaltig gestört: „Man drückt herab das Andere“ und den Anderen, eben das vermeintlich Fremdartige. Demgegenüber sei die Bedeutung Evangelischen Glaubens lebensbejahend ausgerichtet: „Glauben ist nicht die Art der Unterwerfung“, der Glaube lebe mit Luther aus der „Evidenz des Wortes“. Das Wort und nicht das Kirchenverständnis fundamentiere die Evidenz des Glaubens. Kirchlich instrumentalisierte Angst führe hingegen zur Intoleranz. Glaube lebe nicht aus einem Akt unterwürfigen Gehorsams, sondern „Glaube und Gebet“ ver helfe zu einem freien, autonomen Denken. Wahrheit sei nichts statisches, sondern „Lebenswahrheit“. Mit Luther, so Roth, ist die Macht des Fundamentalismus zu überwinden; die Wahrheit ist „zu leben und nicht zu behaupten.“

Der ehemalige Bundesverfassungsrichter Prof. Hans-Jürgen Papier aktualisierte das Thema „Zwischen Anwalt und Richter“ mit Einschätzung und Beurteilung der gegenwärtigen Migrationsbewegungen. Er differenzierte zwischen Personen, die legal einwandern und Personen, die sich unberechtigt im Land aufhielten. Er war der Auffassung, dass die mangelnde Unterscheidung von legitimen bzw. illegitimen Einwanderungen und legitimer Flucht mit Asylgesuch einer klaren juristischen Einschätzung bedürfe, um nicht undifferenziert Asylgewährung und Einwanderung zu vermischen. Die Rechtsposition stellte Papier vorrangig heraus. Er betonte unmissverständlich gegenüber erlittenem Unrecht der Migranten: „Wir schulden ihnen ausnahmslos eine Behandlung nach den bewährten Regeln unserer Rechts- und



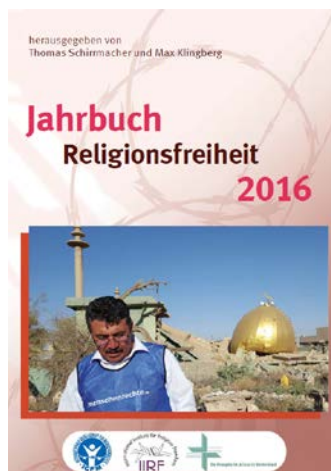
Sozialstaatlichkeit.“

Ein „komplexes Thema“, so Dr. Mareile Lasogga/Bensheim, das in unsere Zeit hochaktuell ist. Es gelte, weniger „politische Zeitansagen“ zu machen, als vielmehr besser und konkreter Situationsbezüge herauszuarbeiten. Der Einschätzung pflichtete Dr. Reinhard Hempelmann/Berlin bei und betonte, dass auch bei „Differenzpflege und Respekt“ man „nicht alles harmonisieren könne“. Das Thema, „Zwischen Anwalt und Richter“, wird auch zukünftig von hoher Relevanz sein. Das Format der Fachtagung, stellte ein Zukunftsmodell dar!

*Pfarrer Dr. Matthias Meyer*

*Referent für Ökumene und Freikirchen am Konfessionskundlichen Institut Bensheim*

## MEDIEN



## Schutz der Religionsfreiheit „politische Notwendigkeit“

© Cover: bei den Herausgebern

**Berlin/DEA/APD** Die Deutsche Evangelische Allianz übergab die Jahrbücher „Religionsfreiheit 2016“ und „Verfolgung und Diskriminierung von Christen 2016“ an Bundesregierung und Bundestagsabgeordnete.

„Religionsfreiheit ist ein Menschenrecht, dennoch ist sie weltweit gefährdet. Insbesondere die Lage von Christen hat sich 2016 in vielen Ländern noch einmal verschärft. Sie schützen ist eine politische Notwendigkeit“, betonte der Beauftragte der Deutschen Evangelischen Allianz beim Deutschen Bundestag, Uwe Heimowski. Am 14. Dezember übergab Heimowski die Jahrbücher „Religionsfreiheit 2016“ und „Verfolgung und Diskriminierung von Christen 2016“ an die Abgeordneten des Deutschen Bundestags.

### Jahrbücher „Religionsfreiheit 2016“ und „Verfolgung und Diskriminierung von Christen 2016“

Das Jahrbuch „Religionsfreiheit 2016“ enthält Beiträge von Angela Merkel, Volker Kauder, Annette Schawan und Heiner Bielefeldt, dazu Beiträge von Aleviten, Jesiden und Bahai. Das Jahrbuch „Verfolgung und Diskriminierung von Christen 2016“ geht auf die Situation religiöser Minderheiten in deutschen Flüchtlingsunterkünften ein und behandelt als besonderen Schwerpunkt die Länder China, Irak, Iran, Indonesien und

Türkei.

Die Jahrbücher werden jährlich von der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte, dem Internationalen Institut für Religionsfreiheit und den Religionsfreiheitsarbeitskreisen der drei deutschsprachigen Allianzen, der Deutschen Evangelischen Allianz, der Schweizerischen Evangelischen Allianz und der Österreichischen Evangelischen Allianz von Thomas Schirmacher, Max Klingberg und Ron Kubsch herausgegeben.

Die beiden als Wendebuch zusammengebundenen Jahrbücher erschienen am 8. Dezember im Buchhandel. Beide Jahrbücher werden zum Download zur Verfügung gestellt unter: <https://www.bucer.de/institute/iirf.html>

## Kulturfreiheit aber keine Religionsfreiheit auf der Arabischen Halbinsel



Pressegespräch in Berlin

© Foto: Holger Teubert/APD

**Berlin/APD** Die römisch-katholische Deutsche Bischofskonferenz hat in Berlin eine Arbeitshilfe vorgestellt, welche die Situation der Christen auf der Arabischen Halbinsel beleuchtet. Die Veröffentlichung ist Teil der Initiative „Solidarität mit verfolgten und bedrängten Christen in unserer Zeit“.

### Konversion von Muslimen streng verboten

Erzbischof Dr. Ludwig Schick, Vorsitzender der Kommission Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz, wies auf die unterschiedliche Lage der Christen in den verschiedenen Staaten der Arabischen Halbinsel hin. „Grundsätzlich muss zwischen den Golfstaaten und Saudi-Arabien unterschieden werden.“ Der Jemen sei aufgrund des Krieges noch einmal eigens zu betrachten. In den Golfstaaten könnten Christen ihren Glauben relativ frei leben: „Es gibt Kulturfreiheit, aber keine Religionsfreiheit“, so Erzbischof Schick. Zur Religionsfreiheit gehöre, dass niemand wegen seines Glaubens benachteiligt, bedrängt oder verfolgt werden darf. Alle Menschen sollten nach ihrem Glauben leben können. Auch ein Religionswechsel gehöre zur Religionsfreiheit. Doch auf der Arabischen Halbinsel seien ein aktives Werben für das Christentum oder gar die Konversion von Muslimen streng verboten und würden strafrechtlich verfolgt.

In Saudi-Arabien wären die Lebensbedingungen für Christen deutlich schlechter,

betonte Erzbischof Schick. Dort dürfe nur der Islam, vorzugsweise in seiner rigoristischen wahhabitischen Auslegung, praktiziert werden. „Schon der Besitz christlicher Kultgegenstände ist verboten.“ Für die geschätzt 1,5 Millionen Christen in Saudi-Arabien gäbe es keine einzige Kirche und die Gläubigen seien gezwungen, sich heimlich in Privathäusern und Hotels zu treffen.

### **Arbeitsmigranten bilden die christlichen Kirchen**

Den meisten Menschen in Deutschland sei nicht bekannt, dass Christen in nennenswerter Zahl auf der Arabischen Halbinsel lebten. Besonders in den Golfstaaten habe sich in den vergangenen Jahrzehnten eine lebendige Migrantenkirche entwickelt, informierte der Erzbischof. Schätzungen gingen davon aus, dass Christen in Oman bis zu vier Prozent, in Katar und in den Vereinigten Arabischen Emiraten neun Prozent, in Kuwait zwölf Prozent und in Bahrain 15 Prozent der Bevölkerung ausmachten. Die Mehrheit der Christen gehöre der römisch-katholischen Kirche an. Die christlichen Kirchen auf der Arabischen Halbinsel bestünden fast ausschließlich aus Arbeitsmigranten, die sich nur für einige Jahre in der Region aufhielten. Die Mehrheit komme aus Indien und von den Philippinen. Daneben bildeten Afrikaner, Christen aus den verschiedenen arabischen Ländern und einige wenige Europäer und Amerikaner die Ortskirchen.

### **Heimat auf Zeit**

Die Christen seien sich darüber im Klaren, dass die Arabische Halbinsel nur „Heimat auf Zeit“ sei, welche sie nach Auslaufen der jeweiligen Arbeitsverträge wieder verlassen müssten. Wie alle Migranten lebten auch die Christen in einer Art Parallelgesellschaft, die neben den einheimischen Gesellschaften bestehe und kaum Kontakte zu Einheimischen ermögliche, so Ludwig Schick.

Trotz aller Unterschiede von Herkunft, Nationalität und Ritus bildeten die Christen in der Region aufgrund ihres Glaubens eine Gemeinschaft. Die Kirchen seien nicht nur Orte des religiösen Lebens, sie böten auch Freizeitaktivitäten und Hilfe an, den oft sehr harten Arbeitsalltag zu bestehen. „Gerade in der Fremde sind Glaube und Kirche wichtig, um den Menschen Heimat zu geben“, hob der Erzbischof hervor.

### **Etwa drei Millionen Christen leben auf der Arabischen Halbinsel**

Der Apostolische Vikar für das südliche Arabien (Vereinigte Arabische Emirate, Oman, Jemen), Bischof Paul Hinder, berichtete über die Situation vor Ort: „Schätzungen zufolge dürfte die Anzahl der ausländischen Christen auf der Arabischen Halbinsel gegenwärtig bei mindestens drei Millionen liegen. Einheimische Christen gibt es praktisch keine.“ Er erläuterte, dass die Wohnbevölkerung in den Golfstaaten zu einem großen Prozentsatz aus Ausländern bestehe. Die staatliche Haltung gegenüber den Christen schwanke von Land zu Land. „Länder wie zum Beispiel Bahrain, die Vereinigten Arabischen Emirate oder das Sultanat Oman sind recht tolerant.“ In den Vereinigten Arabischen Emiraten existierten acht katholische Pfarreien. 50.000 Gläubige nähmen in Dubai jedes Wochenende an den Messfeiern teil. „Wir sind auf der Arabischen Halbinsel eine Kirche aus Migranten für Migranten. Unsere Vitalität hängt vom außerordentlichen religiösen Engagement der Gläubigen ab“, betonte Bischof Hinder.

### **Religionspolizei unterbindet Gottesdienste in Saudi-Arabien**

Der Direktor des Missionswissenschaftlichen Instituts Missio in Aachen, Professor Dr. Harald Suermann, ging auf die Situation der Christen in Saudi-Arabien ein. Er erklärte,

dass Christen nach dem Koran eine geschützte Minderheit seien, die das Recht habe, ihren Glauben zu leben und eigene Gotteshäuser zu unterhalten. Das werde in Saudi-Arabien jedoch eingeschränkt. „Liturgische Feiern sind dort verboten und können nur privat unter großer Gefahr vollzogen werden. Regelmäßig würden Gottesdienste von der saudischen Religionspolizei, der muttawa, durch Razzien und Verhaftungen unterbunden“, so Professor Suermann. Für viele Christen bleibe nur die Möglichkeit, über Streaming-Angebote im Internet an Gottesdiensten teilzunehmen. Er wies darauf hin, dass innerhalb des saudischen Königshauses um die zukünftige Ausrichtung des Landes gerungen werde. Einerseits gäbe es Strömungen, die sich für gesellschaftliche Reformen einsetzten, andererseits Versuche, die aktuellen Verhältnisse zu stabilisieren. Ob es für die Christen und andere religiöse Minderheiten im Land in absehbarer Zeit zu Veränderungen komme, sei im Moment noch nicht abzusehen.

### **Arbeitshilfe „Arabische Halbinsel“**

In der Arbeitshilfe, die in Berlin der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, finden sich zahlreiche Hintergrundinformationen zum Christentum in den verschiedenen Ländern der Arabischen Halbinsel. Neben einem Einführungsartikel des anglikanischen Pfarrers Andy Thompson aus Abu Dhabi, der einen Überblick über die Geschichte des Christentums in der Region vermittelt, gibt es einen aktuellen Bericht von Bischof Hinder über die Lage der Christen im Jemen. Die Situation der Arbeitsmigranten in Oman wird ebenso thematisiert wie die Frage der Religionsfreiheit in Saudi-Arabien. Ein Bericht über einen Besuch auf einem der „Kirchen-Compounds“ an einem Wochenende gibt einen Einblick in die unterschiedlichen christlichen Kirchen, Traditionen und Riten auf der Arabischen Halbinsel. Die Arbeitshilfe kann im Internet unter [http://www.dbk-shop.de/de/deutsche-bischofskonferenz/arbeitshilfen/solidaritaet-verfolgten-bedaengten-christen-unserer-zeit-arabische-halbinsel.html?info=25844&dl\\_media=25216](http://www.dbk-shop.de/de/deutsche-bischofskonferenz/arbeitshilfen/solidaritaet-verfolgten-bedaengten-christen-unserer-zeit-arabische-halbinsel.html?info=25844&dl_media=25216) heruntergeladen werden.

### **Gebetstag für verfolgte und bedrängte Christen am zweiten Weihnachtstag**

Am Gedenktag des ersten christlichen Märtyrers Stephanus, am 26. Dezember, erinnert die römisch-katholische Kirche in Deutschland seit 2012 besonders derjenigen Christen, die heute überall auf der Welt aufgrund ihres Glaubens verfolgt werden. Im Mittelpunkt des diesjährigen „Gebetstags für verfolgte und bedrängte Christen“ stehen besonders die Christen in Saudi-Arabien, die ihren Glauben nur im Untergrund leben können.

# Menschenrechtsblogger eröffnen in Osteuropa länderübergreifende Plattform



© Foto: Matthias Müller/churchphoto.de

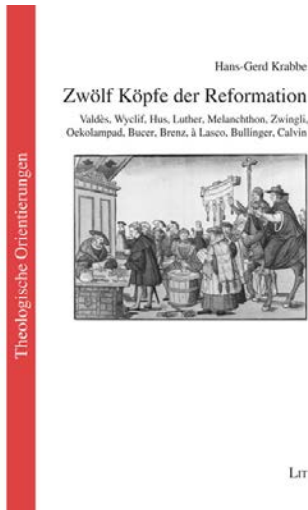
Frankfurt am Main/IGFM/APD – 20 junge Menschenrechtler aus sieben Ländern der ehemaligen Sowjetunion haben eine gemeinsame, länderübergreifende Menschenrechtsplattform gegründet. Sie ermöglichen es den beteiligten Bloggern, frei über die Probleme in ihren Ländern zu berichten, über Menschenrechte zu informieren und sich auszutauschen. Das Projekt der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) sei weltweit einmalig, schreibt IGFM, weil es junge Menschenrechtler verbinde, deren Heimatländer zum Teil auch untereinander Konflikte austragen, wie Russland und die Ukraine oder Armenien und Aserbaidschan.

Der Anlass für den neuen Menschenrechtsblog seien die gewaltigen Umwälzungen, die vor 25 Jahren Osteuropa erschütterten, so IGFM. Am 8. Dezember 1991 unterzeichneten die Präsidenten Russlands, der Ukraine und Weißrusslands den sogenannten Vertrag von Minsk, in dem die Auflösung der Sowjetunion festgehalten wurde. Die Altlasten von 70 Jahren kommunistischer Diktatur wirkten bis heute nach, erläutert die IGFM. Frühere Funktionäre der Kommunistischen Partei behielten in den Nachfolgestaaten die Macht. Einzelnen sei es gelungen, sich unrechtmäßig große Teile des staatlichen Vermögens anzueignen. Das Fundament für das Fortbestehen von Korruption und Willkür sei damit gelegt worden.

Die Hoffnung, dass diese Probleme doch noch überwunden werden könnten, ruhe laut der Menschenrechtsorganisation auf der jungen Generation. Das Internet sei gegenwärtig „die einzige ökologische Nische der Meinungsfreiheit“ und daher der einzige Boden, auf dem sich die Zivilgesellschaften Osteuropas entwickeln könnten, so die IGFM.

Zur länderübergreifenden Plattform für Menschenrechte, die News auf Deutsch, Englisch und Russisch publiziert: [www.humanrights-online.org](http://www.humanrights-online.org)

## REZENSION



## Hans-Gerd Krabbe, *Zwölf Köpfe der Reformation:*

*Valdès, Wyclif, Hus, Luther, Melanchthon, Zwingli, Oekolampad, Bucer, Brenz, à Lasco, Bullinger, Calvin*  
 Theologische Orientierungen 24, Berlin/Münster: LIT-Verlag, 2016, 166 Seiten, 19,90 Euro, ISBN 978-3-643-13394-6

LIT © Cover: LIT-Verlag

Laut Einführung (S. 6-7) verfolgt Dr. Hans-Gerd Krabbe, Pfarrer an der Christuskirche in Achern/Baden, mit dieser Veröffentlichung neben dem eigentlichen Thema der Kurz-Biographien der genannten Reformatoren folgende Ziele:

Zum einen als Auslöser und Initiator des Aufstands gegen Rom eben nicht nur Luther zu betrachten, sondern einen erweiterten Personenkreis in den Fokus zu nehmen, nämlich eine ganze Reihe von Männern, die Wegbereiter, Vordenker, Mitstreiter aber auch Gegner des großen Reformators waren und ohne die seine Erkenntnisse und seine Lehren sicher nicht diese Verbreitung gefunden hätten.

Zum anderen nicht nur die gemeinsamen Kritikpunkte dieser Männer an der röm.-kath. Kirche aufzuzeigen, sondern außer den übereinstimmenden theologischen Thesen, wie den vier reformatorischen „Solae“ (Christus allein, die Schrift allein, die Gnade allein, der Glaube allein) und der „Rückbesinnung auf die Quellen“, auch die unüberbrückbaren, gegensätzlichen Auffassungen vornehmlich in der Abendmahlsfrage herauszustellen. Man gewinnt eine Vorstellung davon, welche Kraft die Reformation hätte entfalten können, wenn hierin ein Konsens erzielt worden wäre.

Im Hauptteil des Buches (S. 11-153) werden zwölf ausgewählte Persönlichkeiten aus der Riege der Reformatoren in jeweils einem eigenen Kapitel vorgestellt, dessen Umfang in etwa dem Einfluss und der Bedeutung der jeweiligen Person auf die gesamte Bewegung entspricht.

Bis auf die drei Vorreformatoren Valdès, Wyclif und Hus lebten die übrigen neun „Köpfe“ fast alle in einem ziemlich engen zeitlichen Korridor von ca. 90 Jahren, so dass sich die meisten untereinander kannten und eine rege Korrespondenz in diesem Kreis unterhielten.

Der Aufbau der einzelnen Kapitel gestaltet sich im Großen und Ganzen recht einheitlich, vor allem auch aufgrund der vielen Parallelen im Werdegang der Protagonisten, die gemäß der traditionellen Laufbahn eines Klerikers nach dem

Theologiestudium fast ausnahmslos die Priesterweihe erhielten und bis zu ihrer Abkehr bzw. ihrem Bruch mit Rom durchaus loyale Kirchenmänner waren.

Ursachen für den Sinneswandel waren in der Regel die Auswüchse und die Entartung im geistlichen Leben der römisch-katholischen Kirche. Neben offensichtlich unbiblischen Lehren war es wie bei Luther bekanntlich der Ablasshandel, der das Fass zum Überlaufen brachte.

Gut herausgestellt wird der von Luther unabhängige Erkenntnisprozess bei den übrigen zeitgenössischen Reformatoren, die aber auch auf die schriftlichen Hinterlassenschaften der „Vorreformatoren“ zurückgreifen konnten.

Es folgt eine Schilderung der Lebensstationen nach der unausweichlichen Exkommunikation, wie Anfeindungen, Flucht, Verheiratung, Wirkungsstätten sowie eine Aufzählung der wichtigsten Lehrpunkte, die eine große Übereinstimmung aufweisen, was aber durch die bereits erwähnte Vernetzung mittels persönlicher Begegnungen und Korrespondenzen nicht weiter verwundert.

Der bedauernswerten und folgenschweren Auseinandersetzung um das Abendmahl innerhalb dieser Gruppe wird ein breiter Raum gewidmet, wobei vor allem die unversöhnliche und nicht kompromiss-bereite Haltung Luthers Erwähnung findet. Es bleibt festzuhalten, dass die Mehrheit der Reformer die Realpräsenz von Leib und Blut Christi im Brot und Wein des Abendmahls ablehnten und lediglich den Symbolcharakter dieser Dinge anerkannten, während Luther unnachgiebig auf dem „est“ („ist“) statt dem „significat“ („bedeutet“), wie es Zwingli postulierte, beharrte.

Beachtenswert ist auch, dass Luthers unverständliche Judenhetze zur Sprache kommt (die sich leider auch auf Martin Bucer übertragen hat), was aber zur Vervollständigung seiner Biografie unerlässlich ist.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass der vorliegende Band dem interessierten Leser das Zeitgeschehen einer bewegten Epoche in geraffter Form vor Augen führt und ihm einen nachhaltigen Eindruck der geistlichen Umwälzungen vermittelt, die ohne den Mut, die Standhaftigkeit, Opferbereitschaft und Leidensfähigkeit der dargestellten Charaktere nicht diese Bedeutung für die geistesgeschichtliche Entwicklung des Abendlandes erlangt hätten.

Allerdings gestaltet sich die Lektüre für den theologisch nicht vorgebildeten Leser aufgrund der häufigen Verwendung theologischer Fachbegriffe (vorwiegend in Latein), die manchmal erst im Nachhinein erläutert werden, bisweilen etwas schwierig.

Fazit: Nach Meinung des Rezensenten werden die eingangs genannten Ziele des Autors erreicht. Dieses Buch stellt daher zur Erlangung einer ersten Übersicht über die wichtigsten Akteure der Reformation eine lesenswerte und nützliche Lektüre dar.

*Rainer Badorrek*

# IMPRESSUM

Die Nachrichtenagentur APD (Adventistischer Pressedienst) ist eine Einrichtung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland, Körperschaft des öffentlichen Rechts.

Herausgeber:	Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland, Sandwiesenstraße 35, 64665 Alsbach-Hähnlein
Redaktion:	APD-Zentralredaktion Deutschland Postfach 4260, 73745 Ostfildern Senefelderstraße 15, 73760 Ostfildern Telefon 0711-44819-14, Telefax 0711-44819-60, E-Mail: <a href="mailto:info@apd.info">info@apd.info</a> Jens-Oliver Mohr (verantwortlich), Holger Teubert (stellvertretend), Claudia Mohr
Erscheinungsweise:	monatlich
Redaktionelle Zusammenarbeit:	APD Schweiz, Redaktion, Postfach, CH - 4020 Basel Telefon +41-79-225 95 11 E-Mail: <a href="mailto:APD-CH@apd.info">APD-CH@apd.info</a> Herbert Bodenmann (verantwortlich)
	Adventist News Network (ANN), 12501 Old Columbia Pike, Silver Spring, Maryland 20904-6600, USA Telefon +1-301-680-6306, Telefax +1-301-680-6312 E-Mail: <a href="mailto:costaw@gc.adventist.org">costaw@gc.adventist.org</a> Williams S. Costa Jr. (verantwortlich)
	„Adventisten heute“, Pulverweg 6, 21337 Lüneburg Telefon 04131-9835-521, Telefax 04131-9835-502 E-Mail: <a href="mailto:info@advent-verlag.de">info@advent-verlag.de</a> , Internet: <a href="http://www.advent-verlag.de">www.advent-verlag.de</a> Thomas Lobitz (verantwortlich)

APD-INFORMATIONEN online: [www.apd.info](http://www.apd.info)

Facebook: APD - Adventistischer Pressedienst Deutschland

Twitter: @apd\_info

Kostenlose Textnutzung nur unter der Bedingung der eindeutigen Quellenangabe „APD“. Das Copyright an den Agenturtexten verbleibt auch nach ihrer Veröffentlichung bei der Nachrichtenagentur APD.

APD ist die rechtlich geschützte Abkürzung des Adventistischen Pressedienstes.




---

Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten ging aus der Erweckungsbewegung des 19. Jahrhunderts hervor. Gegenwärtig zählt sie über 19 Millionen erwachsene Mitglieder und mehr als 25 Millionen Gottesdienstbesucher in 215 Ländern der Erde. In Deutschland sind knapp 35.000 Mitglieder in 558 Gemeinden organisiert. Ihre einzige Glaubensgrundlage ist die Bibel.

---